

Tagesordnung 1 Punkt 1 der öffentlichen Sitzung am 21.01.2004

Vorlage Nr. 04-F-24-0001

Geplanter Teilabzug des BKA

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15.01.2004

Der Ältestenausschuss und der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Beschäftigung mögen beschließen:

Der Ältestenausschuss und der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Beschäftigung lehnen den Plan von Bundesinnenminister Otto Schily ab, sämtliche operativen und ermittlungsunterstützenden Organisationseinheiten des Bundeskriminalamtes, die bisher unter anderem in Wiesbaden ansässig waren, in Berlin zu konzentrieren.

Der Ältestenausschuss und der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Beschäftigung verurteilen es als untragbar, dass eine solch weitreichende Entscheidung wie der Teilabzug des BKA ohne vorherige inhaltliche Abstimmung mit den politischen Entscheidungsträgern der Landeshauptstadt Wiesbaden getroffen und über die Presse publik gemacht wird.

Der Magistrat wird gebeten, weiterhin alles in seiner Macht stehende zu tun, um sich für den Erhalt des BKA in Wiesbaden einzusetzen.

Insbesondere wird der Magistrat gebeten, zusammen mit Vertretern des Gesamtpersonalrates, des Personalrates Wiesbaden des BKA sowie der Gewerkschaft der Polizei die Interessen der BKA-Mitarbeiter zu vertreten.

Der Magistrat wird gebeten, zusammen mit der Hessischen Landesregierung und den Landtagsabgeordneten aus Wiesbaden und den umliegenden Kreisen zu verhindern, dass der Föderalismus durch die geplante Konzentration des BKA in Berlin weiter geschwächt wird.

Die Bundestagsabgeordneten aus Wiesbaden und den umliegenden Kreisen werden gebeten, sich dafür einzusetzen, dass sich der Deutsche Bundestag kritisch mit den Konsequenzen einer BKA-Verlagerung auseinandersetzt.

Die Wiesbadener Bundestagsabgeordnete Frau Bundesministerin Heidemarie Wiecek-Zeul wird gebeten, die Umzugspläne im Bundeskabinett weiterhin kritisch zu hinterfragen und auf eine Korrektur der Entscheidung des Bundesinnenministers hinzuwirken.

Beschluss Nr. 0001

1. Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen vom 15.01.2004 wird angenommen.
2. Von dem Beschluss des Magistrats Nr. 0069 vom 20.01.2004 betr. Resolution des Magistrats der Landeshauptstadt Wiesbaden gegen den geplanten Teilumzug des Bundeskriminalamtes wird Kenntnis genommen.
3. Es wird ferner davon Kenntnis genommen, dass seitens der Fraktionen eine Vertretung der Stadtverordnetenversammlung durch die Stadtverordnetenvorsteherin in dem Aktionsbündnis für wünschenswert erachtet wird und der Oberbürgermeister der Bitte nachkommen will.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .01.2004

Winkelmann
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .01.2004

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .01.2004

Dezernat I
Stabsstelle BKA
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Diehl
Oberbürgermeister